Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3661

06. 12. 88

Sachgebiet 642

Antrag

der Abgeordneten Sellin, Dr. Knabe, Frau Hensel und der Fraktion DIE GRÜNEN

Einrichtung eines Umwelt-Swing und Umwelt-Fonds zur Minderung grenzüberschreitender Emissionen durch DDR-Kraftwerke

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

der DDR einen Umwelt-Swing als verwendungsgebundenen zusätzlichen Kreditrahmen bei der Deutschen Bundesbank nach dem Muster des „Swing" einzuräumen. Der Umwelt-Swing ermöglicht der DDR, unverzüglich zinsfreie Kredite zur Modernisierung ihrer Energieanlagen inklusive der Entschwefelung und Entstickung aufzunehmen. Der Umwelt-Swing sollte in der Höhe dynamisch angeboten werden, d. h. sich nach dem finanziellen Volumen der Modernisierungsprojekte zur durchgreifenden energetischen Rationalisierung und Emissionsminderung ausrichten. Ein Teil des Kredits kann als Kompensationsgeschäft durch den Bau bzw. die Modernisierung der Eisenbahntransitstrecken seitens der DDR bezahlt werden.

Zusätzlich ist ein Umwelt-Fonds einzurichten.

Dieser Fonds dient in Form von Zuschüssen dazu, DDR-Kraftwerke zu modernisieren und mit Rauchgasreinigungsanlagen und Entstickungsanlagen auszurüsten, die unmittelbar und überproportional zu einer erheblichen Belastung West-Berlins und grenznaher Gebiete der Bundesrepublik Deutschland führen. Der Umwelt-Fonds wird mit einem Finanzvolumen von 2 Mrd. DM ausgestattet.

Bonn, den 6. Dezember 1988

Sellin
Dr. Knabe
Frau Hensel
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Analysen der grenzüberschreitenden Emissionen von Luftschadstoffen haben eindeutig ergeben, daß beide deutsche Staaten den jeweils anderen erheblich belasten. Mit der vorherrschenden Westwindströmung gelangen u. a. die Automobilabgase aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West in die DDR, umgekehrt bei Ostwind-Wetterlagen insbesondere die SO^2-Emissionen der DDR-Kraftwerke in die Bundesrepublik Deutschland, während Berlin-West bei unterschiedlichen Windrichtungen betroffen ist. Im grenznahen Raum und Berlin können die Emissionen des Nachbarstaates mindestens zeitweise zum dominierenden Faktor der Luftverunreinigung werden.

Während die Bundesregierung gegen die Emissionen in ihrem eigenen Staatsgebiet durch entsprechende Verordnungen und Gesetze vorgehen kann, ist dies bei den Emissionen der benachbarten DDR nur im Rahmen von Verhandlungen möglich. Durch den vorliegenden Antrag wird der Bundesregierung ein finanzpolitischer Auftrag gegeben, in Verhandlungen eine Entlastung der generellen Luftbelastung der beiden deutschen Staaten möglichst kurzfristig zu erreichen.

Nach Berechnungen des DIW summieren sich die SO^2-Emissionen der DDR auf 5,5 Millionen Tonnen (Wirtschaftswoche Nr. 8, 15. Februar 1985) mit eher zunehmender Tendenz. Gegenüber dieser Größenordnung wirken sich die Möglichkeiten zur Emissionsminderung in West-Berlin geradezu lächerlich aus. Das Umwelt-Investitionsprogramm der BEWAG soll etwa die SO^2-Emissionen von 46 000 Tonnen umd 34 000 Tonnen auf 12 000 Tonnen im Jahre 1993 verringern. Mit den von der BEWAG zu investierenden 2,5 Mrd. DM ließen sich in der DDR die Braunkohlenkraftwerke Bocksberg und Jänschwalde, die jährlich zusammen rund 800 000 Tonnen SO^2 ausstoßen, mit Rauchgasentschwefelungsanlagen versehen. Dadurch würden die Emissionen um rund 760 000 Tonnen auf 40 000 Tonnen SO^2 reduziert. Der Umweltentlastungseffekt der bisher aus Kapital- und Devisenmangel unterlassenen DDR-Investitionen ist so um ein Vielfaches größer als der der BEWAG-Investitionen zur Reinhaltung der Luft.

Umwelt-Swing und Umwelt-Fonds ergänzen sich. Der Umwelt-Fonds soll ein möglichst rasches Anlaufen von Maßnahmen zur Luftreinhaltung in den grenznahen Gebieten oder solchen Kraftwerken, die einen erheblichen Einfluß auf West-Berlin und die Bundesrepublik Deutschland haben, bewirken. Der Umwelt-Swing wiederum kann dagegen für die Modernisierung aller energietechnischen Anlagen der DDR benutzt werden, ohne daß diese aus ihrer Verpflichtung nach dem Verursacherprinzip völlig entlastet wäre. Die Investitionen kommen unmittelbar der DDR-Wirtschaft zugute, haben jedoch auch eine beträchtliche emissionsmindernde Auswirkung.

Die ökologischen und sozialen Folgekosten unterlassener Umweltinvestitionen aus Kapitalmangel der DDR treffen Berlin-West und die Bundesrepublik Deutschland in einem Ausmaß, das die Gewährung eines Umwelt-Swing (zinsloser Kreditrahmen) finanzpolitisch rechtfertigt. Berlin-West wird erst nach einer umfassen-

den Modernisierung der DDR-Energieanlagen (Kraftwerke und Industrie) vor einem Smogalarm sicher sein können. Die Zerstörung der Gesundheit der Bevölkerung und die vorzeitige Zerstörung von Bausubstanz und Gebrauchsgütern durch Umweltverschmutzung sollte ökonomischer Hebel und gesellschaftspolitischer Anstoß genug sein, um außenwirtschaftliche Sonderkonditionen für die DDR zugunsten von besseren Lebensverhältnissen einzuräumen.

Für die DDR wird solch ein Umwelt-Swing sehr attraktiv sein. Der DDR bietet die Energiequelle durch Energieeinsparung inklusive Umweltentlastung Möglichkeiten wie in keinem anderen Industrieland:

- Der Pro-Kopf-Energieverbrauch der DDR ist mehr als doppelt so hoch wie in Westeuropa oder in Japan.
- Der spezifische Energieverbrauch der DDR liegt bei einer Vielzahl von Industriegütern um 30 bis 50 Prozent höher als in der Bundesrepublik Deutschland.
- In den alten Braunkohlenkraftwerken werden vier Fünftel der eingesetzten Energie einfach als Abwärme in die Luft geblasen.
- Allein durch die Modernisierung der öffentlichen Stromerzeugung könnte die DDR ihren Jahresverbrauch an Braunkohle um 60 Millionen Tonnen verringern. Dies entspricht nahezu einem Fünftel der gesamten Fördermenge.
- Die Investitionskosten zur Entschwefelung aller „Dreckschleudern" werden je nach Verfahren auf 6 bis 11 Mrd. DM geschätzt und der Entstickung auf 2 bis 3 Mrd. DM. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die DDR nur ca. 30 Prozent der notwendigen Ausrüstung im Westen kaufen müßte.
- Durch zusätzliche Auskoppelung von Fernwärme aus Kraftwerken kann die DDR rund 6 Millionen Tonnen Braunkohle pro Jahr sparen.
- Die Emissionen von Kraftwerken und Heizwerken können von heute 3 Millionen Tonnen SO^2 auf rund 130 000 Tonnen SO^2 (mehr als 95 Prozent Reduzierung) und von mindestens 430 000 Tonnen NO_x auf etwa 64 000 Tonnen NO_x (fast 85 Prozent Reduzierung) vermindert werden (vgl. Gutachten Alternative Energiepolitik in der DDR und in West-Berlin, Schriftenreihe des IÖW 3/1987).
- Das integrierte Konzept einer Strategie von Effizienzsteigerung der Energieerzeugung bei gleichzeitiger Reduzierung der Emissionen erspart der DDR erhebliche Kosten und der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Umweltbelastungen. Darüber hinaus sind damit Exportaufträge verbunden, die einen auftragsmäßigen Anschluß an die Entschwefelung und Entstikkung der Kraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland bewirken.

Der Umwelt-Swing und Umwelt-Fonds stehen im deutsch-deutschen Interesse.



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333